

Sperrfrist:  
Dienstag, 28. Februar 2006  
10.00 Uhr



Es gilt das gesprochene Wort

**Medienkonferenz vom 28. Februar 2006**  
**Europapolitik: Erfolg durch Pragmatismus**

**Die Haltung der Wirtschaft**

Marktzugang in Europa und weltweit  
Ueli Forster, Präsident, economisesuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

economisesuisse eröffnet den diesjährigen Reigen von europapolitischen Stellungnahmen verschiedener Interessengruppen. Im Sommer wird dann auch der Bundesrat folgen. Unser Verband will seine Position frühzeitig der Öffentlichkeit bekannt geben; sie ist von unserem Vorstand gutgeheissen und damit breit abgestützt. Gestatten Sie mir einleitend, den Bogen etwas weiter zu spannen und die schweizerische Europapolitik als Teil der schweizerischen Aussenwirtschaftspolitik zu betrachten. Ich bin mir bewusst, dass Europapolitik ein breiteres Feld als reine Wirtschaftspolitik ist. Den faszinierenden politischen Teil möchten wir aber hier und heute ausklammern und uns auf diejenigen Themen beschränken, welche die Unternehmenswelt direkt betreffen.

Ausgangspunkt meiner Überlegungen ist die Tatsache, dass unser Land ohne Integration in die Weltwirtschaft mausarm wäre. Es ist die während Jahrhunderten zunehmende Verflechtung, die zum heutigen Wohlstand geführt hat. Das hat aber auch zu gegenseitigen Abhängigkeiten geführt. Ein Zurück gibt es nicht mehr, sondern nur eine klug austarierte weitere Integration und Teilhabe an der Globalisierung. Unsere Wirtschaft ist abhängig von einem guten Marktzugang zu den wichtigsten Absatzmärkten. Voraussetzung dazu sind die Nichtdiskriminierung und zuverlässige Aussenhandelsregeln. Es ist Aufgabe der schweizerischen Aussenwirtschaftspolitik, sich für diese Rahmenbedingungen einzusetzen. Es geht dabei immer um die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Schweiz und damit um die Sicherung von Wohlstand und Arbeitsplätzen.

In der neuen Aussenwirtschaftsstrategie, die Ende 2004 vom Bundesrat verabschiedet und von den eidgenössischen Räten im letzten Jahr gutgeheissen wurde, ist diese Gesamtsicht verankert. economisesuisse hat deshalb die neue Strategie lebhaft begrüsst. Richtigerweise setzt die neue Aussenwirtschaftspolitik des Bundes in erster Linie auf den Multilateralismus im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) und neu und ergänzend auf ein bilaterales Vertragsnetz mit den wichtigsten Handelspartnern, wie zum Beispiel den USA, Japan und den BRIC-Ländern (Brasilien, Russland, Indien und China). Dass die Aussenwirtschaftsstrategie auch ein Zusammenwirken mit

einer wettbewerbsorientierten Binnenmarktpolitik betont, wertet *economiesuisse* ebenfalls positiv.

Was nun die Umsetzung dieser Strategie betrifft, ist die Bilanz bis jetzt durchzogen. Auf multilateraler Ebene im Rahmen der WTO nicht allein wegen der Schweiz. „Bern“ hat sich hier für Fortschritte eingesetzt. Dasselbe gilt für die Inangriffnahme von bedeutenden bilateralen Abkommen. Wenn ich feststelle, die Bilanz sei durchzogen, so wegen einiger Wermutstropfen: Die WTO-Position der Schweiz war stets allzu stark belastet durch ihre defensive Haltung im Agrarbereich. Und seit Januar 2006 wissen wir, dass der Bundesrat betreffend „Freihandelsabkommen mit den USA“ einen unverständlichen Schwenker vollzogen hat. Dass die Wirtschaft seither nicht mehr so sicher ist, ob das Erfolgsprinzip der Öffnung vom Bundesrat nicht nur programmatisch betont wird, sondern auch geschlossen und systematisch umgesetzt wird, hat in jüngster Zeit Fragen aufgeworfen, die der Wirtschaft tief unter die Haut gehen.

Wir sind der festen Überzeugung, dass der Bundesrat den Handlungsspielraum, den die neue Aussenwirtschaftsstrategie im multilateralen und bilateralen Bereich ermöglicht, im Interesse des Marktzugangs für unsere Unternehmen voll ausschöpfen soll. Nur so wird er dem Anspruch einer entschlossenen und aktiven Standortpolitik gerecht.

Wenn ich all das hier erwähne, mögen Sie sich fragen, was dies mit Europa und der EU zu tun hat. Nun, aus Unternehmenssicht kann die Welt nicht mehr in Europa und in den Rest der Welt aufgeteilt werden. Alles hängt zusammen, alles ist verknüpft.

Lassen Sie mich nun aber zum Thema „Europapolitik“ kommen. Mit unserem wichtigsten Wirtschaftspartner, der EU, ist die in der Aussenwirtschaftsstrategie vorgegebene Marktzugangspolitik mehr oder weniger erfüllt. Ich erinnere an das seit 1972 bestehende Freihandelsabkommen mit unseren europäischen Partnern. Dieses Abkommen wurde seither durch ein dichtes bilaterales Netz von Staatsverträgen ergänzt. Dabei waren die beiden Abstimmungen des letzten Jahres über Schengen/Dublin und die Personenfreizügigkeit mit den neuen EU-Staaten wichtige Meilensteine. Alles zusammen sichert erfolgreich den gegenseitigen Zugang auf die Märkte. Der schweizerischen Wirtschaft ist es heutzutage möglich, fast diskriminierungsfrei in dem über 450 Mio. Einwohner zählenden EU-Binnenmarkt tätig zu sein. Gerade da wir ein solches vertragliches Beziehungsgeflecht mit der EU haben, ist es wichtig, mit „Brüssel“, mit den EU-Mitgliedstaaten und mit den dortigen Wirtschaftsakteuren enge und freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten. Dies wird auch von *economiesuisse* und den schweizerischen Unternehmen so praktiziert.

Die Bedeutung des Themas erkennt man, wenn man die Fakten zur Kenntnis nimmt: Die EU-Kommission schreibt auf ihrer Website: „Switzerland is our closest neighbour, not only geographically, but also culturally and economically. It is our second trading partner (services included), after the US and before Japan.“ Dies die Optik von Brüssel. Nun zu den Zahlen: Die Schweiz exportiert Waren und Dienstleistungen im Wert von weit über CHF 80 Mia. jährlich in die EU. Dies entspricht rund 60% des gesamten Exportvolumens. Umgekehrt importieren wir für beinahe CHF 110 Mia. Waren und Dienstleistungen aus der EU, was über 80% unserer Importe entspricht. Täglich reisen

gegen 700'000 Personen aus der EU in die Schweiz ein. 21'000 Lastwagen überqueren die Grenze. Der gesamte Kapitalbestand schweizerischer Direktinvestitionen in der EU beläuft sich auf rund CHF 200 Mia., was ca. 45% des Kapitalbestandes im Ausland entspricht. Die Schweizer Unternehmen in der EU beschäftigen rund 850'000 Mitarbeiter. Rund 60% der ausländischen Bevölkerung in der Schweiz, das heisst weit über 900'000 Personen stammen aus der EU. Diese wenigen Zahlen belegen die äusserst enge Verflechtung mit unserem europäischen Nachbarn. Weitere Kennzahlen zum Verhältnis Schweiz-EU können Sie der Unterlage entnehmen, die sich in der Medienmappe befindet.

Angesichts dieser Zahlen und Fakten ist einleuchtend, dass der bilaterale Weg nicht am Ende ist. Immer wieder neue Beurteilungen und Auslegeordnungen gehören in der sich rasch wandelnden Welt ohnehin zur Tagesaufgabe.

Bei unserer Analyse ging es erstens darum, frühzeitig klarzustellen, welche Option die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Schweiz am besten sicherstellt. Zweitens wollen wir uns die nötige Flexibilität bewahren, da sich die EU bekanntlich in einem Prozess des laufenden Wandels befindet. Das heisst drittens, dass wir die Europafrage und damit die Frage nach dem zukünftigen Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU mit Pragmatismus angehen müssen. Ideologisch fixierte Positionen führen allzu schnell ins Abseits.

Basierend auf diesen Grundlagen haben wir unsere Überlegungen gemacht und zeigen im vorliegenden Positionspapier auf, dass von den vom Bundesrat erwähnten möglichen Optionen letztendlich nur der bilaterale Weg als realistisch und den Interessen der Wirtschaft Rechnung tragend zu betrachten ist. Weder ein EU-Beitritt, noch ein Beitritt „light“, ein Beitritt zum EWR oder eine Zollunion mit der EU würden den Interessen der Wirtschaft besser entsprechen. Gregor Kündig wird anschliessend einen Einblick in den Inhalt des Positionspapiers vermitteln, und Sie haben Gelegenheit, darin die wesentlichen Elemente unserer Position zu entnehmen und sie dann mit uns zu diskutieren.

Wunschdenken hilft in der Europapolitik nicht weiter: Wir müssen z.B. nüchtern davon ausgehen, dass ein Beitritt politisch nicht denkbar ist. Es wäre naiv anzunehmen, die Schweiz könnte der EU beitreten, dabei aber eine ganze Reihe von Ausnahmen und Sonderprivilegien zugestanden erhalten, wie dies etwa die SP Schweiz wahrhaben möchte. Dies ist eine Illusion. Wir müssen auf dem Boden der Realitäten bleiben.

Nun ein Wort zum geplanten Freihandelsabkommen mit der EU für Landwirtschaftsprodukte: An seiner Sitzung vom 18. Januar 2006 hat der Bundesrat der Verwaltung den Auftrag gegeben, einen Bericht über die Machbarkeit eines Freihandelsabkommens mit der EU im Agrarbereich zu verfassen. Dazu Folgendes: *economiesuisse* steht diesem Beschluss positiv gegenüber. Die Idee ist allerdings nicht neu. Sie entspricht einer alten Forderung von *economiesuisse*. Ein solches Abkommen wäre als Fortsetzung der bisherigen agrarpolitischen Reformschritte zu betrachten. Bekanntlich besteht bereits ein Abkommen, das den Freihandel im Bereiche des Käsemarktes mit der EU in die Wege geleitet hat. Ausserdem haben wir neuerdings das Abkommen über die verarbeiteten Landwirtschaftsprodukte. Insgesamt ergäbe ein umfassendes

Agrar-Freihandelsabkommen sowohl für die Schweiz als auch für die EU deutliche Vorteile. Die Preise für zahlreiche Vorleistungen würden sinken. Die Produzentenpreise der Schweiz würden auf EU-Niveau einpendeln. Schliesslich nähmen die Exportchancen für Schweizer Agrarprodukte in der EU deutlich zu. Alles in allem: Eine Win-Win-Situation. Soweit mein kleiner Exkurs in den Agrarbereich.

Ich fasse zusammen:

Für uns ist der bilaterale Ansatz diejenige Option, die den Bedürfnissen der Wirtschaft am nächsten kommt und die sich auch umsetzen lässt. Er ist nicht ohne Risiken und Stolpersteine. Aber er erlaubt uns, stets als souveräner Staat aufzutreten und mit Pragmatismus die nötige Flexibilität zu wahren. Das entspricht der schweizerischen Wesensart und stösst, wenn man sie vernünftig vertritt, auch in der EU auf Verständnis.

28. Februar 2006